



Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Rheinland-Pfalz

2022

Ausgegeben zu Mainz, den 23. Februar 2022

Nr. 5

Tag	Inhalt	Seite
9.2.2022	Fünfte Landesverordnung zur Änderung der Landesverordnung über den Betrieb anerkannter Werkstätten für behinderte Menschen und anderer Angebote für Menschen mit Behinderungen	49
14.2.2022	Landesverordnung über die Verlängerung der individuellen Regelstudienzeit	50
15.2.2022	Dritte Landesverordnung zur Änderung der Landesverordnung zur Übertragung von Ermächtigungen nach der Bundesnotarordnung und dem Beurkundungsgesetz	51
16.2.2022	Landesverordnung über die Datenfernübertragung von Anträgen nach § 56 Abs. 5 Satz 3 und 4 des Infektionsschutzgesetzes	52
17.2.2022	Erste Landesverordnung zur Änderung der Dreißigsten Corona-Bekämpfungsverordnung Rheinland-Pfalz .	53
17.2.2022	Erste Landesverordnung zur Änderung der Absonderungsverordnung	54
17.2.2022	Elfte Landesverordnung zur Änderung der Landesverordnung zur Verhinderung der Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 in Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe nach den §§ 4 und 5 des Landesgesetzes über Wohnformen und Teilhabe sowie in ähnlichen Einrichtungen	55

Fünfte Landesverordnung zur Änderung der Landesverordnung über den Betrieb anerkannter Werkstätten für behinderte Menschen und anderer Angebote für Menschen mit Behinderungen Vom 9. Februar 2022

Aufgrund des § 32 Satz 1 in Verbindung mit § 28 Abs. 1 Satz 1 und 2, § 28 a Abs. 7 und den §§ 29 und 30 Abs. 1 Satz 2 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Artikel 1 und 2 des Gesetzes vom 10. Dezember 2021 (BGBl. I S. 5162), in Verbindung mit § 1 Nr. 1 der Landesverordnung zur Durchführung des Infektionsschutzgesetzes vom 10. März 2010 (GVBl. S. 55), zuletzt geändert durch § 7 des Gesetzes vom 15. Oktober 2012 (GVBl. S. 341), BS 2126-10, wird verordnet:

Artikel 1

Die Landesverordnung über den Betrieb anerkannter Werkstätten für behinderte Menschen und anderer Angebote für Menschen mit Behinderungen vom 27. September 2021 (GVBl. S. 553), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. Januar 2022 (GVBl. S. 14), BS 2126-15, wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 4 Satz 2 werden die Worte „Neunundzwanzigsten Corona-Bekämpfungsverordnung Rheinland-Pfalz (29.CoBeLVO) vom 3. Dezember 2021 (GVBl. S. 616, BS 2126-13)“ durch die Worte „Dreißigsten Corona-Bekämpfungsverordnung Rheinland-Pfalz (30.CoBeLVO) vom 28. Januar 2022 (GVBl. S. 30, BS 2126-13)“ ersetzt.
2. In § 5 wird das Datum „11. Februar 2022“ durch das Datum „11. März 2022“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 10. Februar 2022 in Kraft.

Mainz, den 9. Februar 2022
Der Minister für Wissenschaft
und Gesundheit
Clemens Hoch

**Landesverordnung
über die Verlängerung der individuellen Regelstudienzeit
Vom 14. Februar 2022**

Aufgrund des § 27 Abs. 5 Satz 2 des Hochschulgesetzes vom 23. September 2020 (GVBl. S. 461), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Juli 2021 (GVBl. S. 453), BS 223-41, wird nach Anhörung der Hochschulen verordnet:

§ 1

Für die im Wintersemester 2021/2022 in einen Studiengang an einer Hochschule des Landes oder an einer Hochschule in freier Trägerschaft eingeschriebenen und nicht beurlaubten Studierenden gilt zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie eine von der Regelstudienzeit abweichende um das betreffende Semester verlängerte individuelle Regelstudienzeit.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Mainz, den 14. Februar 2022
Der Minister für Wissenschaft
und Gesundheit
Clemens Hoch

**Dritte Landesverordnung
zur Änderung der Landesverordnung zur Übertragung von Ermächtigungen
nach der Bundesnotarordnung und dem Beurkundungsgesetz
Vom 15. Februar 2022**

Aufgrund

des § 6 Abs. 2 Satz 4 der Bundesnotarordnung in der Fassung vom 24. Februar 1961 (BGBl. I S. 97), zuletzt geändert durch die Artikel 3 und 4 des Gesetzes vom 21. Dezember 2021 (BGBl. II S. 1282),

des § 58 Abs. 3 Satz 2 des Beurkundungsgesetzes vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1513), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Dezember 2021 (BGBl. II S. 1282), und

des § 7 Abs. 2 Satz 1 des Verkündungsgesetzes vom 3. Dezember 1973 (GVBl. S. 375), geändert durch Artikel 23 des Gesetzes vom 7. Februar 1983 (GVBl. S. 17), BS 114-1, verordnet die Landesregierung:

Artikel 1

Die Landesverordnung zur Übertragung von Ermächtigungen nach der Bundesnotarordnung und dem Beurkundungsgesetz vom 9. Februar 1999 (GVBl. S. 30), zuletzt geändert durch Verordnung vom 28. Februar 2014 (GVBl. S. 23), BS 33-11, wird wie folgt geändert:

In § 1 wird die Verweisung „§ 6 Abs. 4 Satz 1“ durch die Verweisung „§ 6 Abs. 2 Satz 2“ und die Verweisung „§ 54 b Abs. 3 Satz 3“ durch die Verweisung „§ 58 Abs. 3 Satz 2“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Mainz, den 15. Februar 2022

Die Ministerpräsidentin

Malu Dreyer

**Landesverordnung
über die Datenfernübertragung von Anträgen nach
§ 56 Abs. 5 Satz 3 und 4 des Infektionsschutzgesetzes
Vom 16. Februar 2022**

Aufgrund des § 56 Abs. 11 Satz 2 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10. Dezember 2021 (BGBl. I S. 5162), verordnet die Landesregierung:

§ 1

(1) Anträge gemäß § 56 Abs. 5 Satz 3 und 4 des Infektionsschutzgesetzes sind durch den Antragsteller nach amtlich vorgeschriebenem Verfahren durch Datenfernübertragung zu übermitteln.

(2) § 56 Abs. 11 Satz 3 des Infektionsschutzgesetzes bleibt unberührt.

§ 2

(1) Für die Datenfernübertragung ist das elektronische Antragsverfahren auf der Internetseite <https://www.ifsg-online.de> zu nutzen.

(2) Andere Formen der Datenfernübertragung sind nicht zulässig.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2024 außer Kraft.

Mainz, den 16. Februar 2022
Die Ministerpräsidentin
Malu Dreyer

**Erste Landesverordnung
zur Änderung der Dreißigsten Corona-Bekämpfungsverordnung Rheinland-Pfalz
Vom 17. Februar 2022**

Aufgrund des § 32 Satz 1 in Verbindung mit § 28 Abs. 1 Satz 1 und 2 und § 28 a Abs. 7 und den §§ 29 und 30 Abs. 1 Satz 2 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Artikel 1 und 2 des Gesetzes vom 10. Dezember 2021 (BGBl. I S. 5162), in Verbindung mit § 1 Nr. 1 der Landesverordnung zur Durchführung des Infektionsschutzgesetzes vom 10. März 2010 (GVBl. S. 55), zuletzt geändert durch § 7 des Gesetzes vom 15. Oktober 2012 (GVBl. S. 341), BS 2126-10, wird verordnet:

Artikel 1

Die Dreißigste Corona-Bekämpfungsverordnung Rheinland-Pfalz vom 28. Januar 2022 (GVBl. S. 30, BS 2126-13) wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 wird gestrichen.
 - b) Die bisherigen Absätze 3 bis 12 werden Absätze 2 bis 11.
 - c) Der bisherige Absatz 7 Satz 3 erhält folgende Fassung:
„Die Regelungen der Absätze 1 und 5, des § 5 sowie des § 7 finden keine Anwendung.“
2. § 5 Abs. 5 erhält folgende Fassung:
„(5) Die zulässige Zahl an Zuschauerinnen und Zuschauern oder Teilnehmerinnen und Teilnehmern beträgt
 1. bei Veranstaltungen nach Absatz 1 entweder höchstens 2.000 Personen oder höchstens 30 v. H. der vorhandenen Platzkapazitäten, jedoch nicht mehr als insgesamt 4.000 Personen,
 2. bei Veranstaltungen nach Absatz 3 entweder höchstens 2.000 Personen oder 50 v. H. der vorhandenen Platzkapazitäten, jedoch nicht mehr als insgesamt 10.000 Personen und
 3. bei Veranstaltungen nach Absatz 4 entweder höchstens 2.000 Personen oder 50 v. H. der sonst dort üblichen Besucherhöchstzahl, jedoch nicht mehr als insgesamt 10.000 Personen; die sonst dort übliche Besucherhöchstzahl ist mit der zuständigen Kreisverwaltung, in kreisfreien Städten der Stadtverwaltung als Kreisordnungsbehörde abzustimmen.“
3. § 7 erhält folgende Fassung:

„§ 7

Öffentliche und gewerbliche Einrichtungen

In öffentlichen und gewerblichen Einrichtungen gelten in geschlossenen Räumen das Abstandsgebot nach § 3 Abs. 1 und die Maskenpflicht nach § 3 Abs. 2 Satz 2, wobei das Tragen einer FFP2-Maske oder einer Maske eines vergleichbaren Standards empfohlen wird.“

4. In § 15 Abs. 4 wird das Datum „28. Februar 2022“ durch das Datum „18. März 2022“ ersetzt.
5. § 25 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Nummer 6 wird gestrichen.
 - b) In Nummer 7 wird die Verweisung „§ 4 Abs. 3“ durch die Verweisung „§ 4 Abs. 2“ ersetzt.
 - c) In Nummer 8 wird die Verweisung „§ 4 Abs. 4 Satz 1“ durch die Verweisung „§ 4 Abs. 3 Satz 1“ ersetzt.
 - d) In Nummer 9 wird die Verweisung „§ 4 Abs. 5 Satz 1“ durch die Verweisung „§ 4 Abs. 4 Satz 1“ ersetzt.
 - e) In Nummer 10 wird die Verweisung „§ 4 Abs. 6“ durch die Verweisung „§ 4 Abs. 5“ ersetzt.
 - f) In Nummer 11 wird die Verweisung „§ 4 Abs. 7 Satz 1“ durch die Verweisung „§ 4 Abs. 6 Satz 1“ ersetzt.
 - g) In Nummer 12 wird die Verweisung „§ 4 Abs. 8 Satz 1“ durch die Verweisung „§ 4 Abs. 7 Satz 1“ ersetzt.
 - h) In Nummer 13 wird die Verweisung „§ 4 Abs. 9 Satz 1“ durch die Verweisung „§ 4 Abs. 8 Satz 1“ ersetzt.
 - i) In Nummer 14 wird die Verweisung „§ 4 Abs. 10“ durch die Verweisung „§ 4 Abs. 9“ ersetzt.
 - j) In Nummer 15 wird die Verweisung „§ 4 Abs. 11“ durch die Verweisung „§ 4 Abs. 10“ ersetzt.
 - k) In Nummer 16 wird die Verweisung „§ 4 Abs. 12“ durch die Verweisung „§ 4 Abs. 11“ ersetzt.
 - l) Nummer 27 erhält folgende Fassung:
„27. entgegen § 7 das Abstandsgebot nach § 3 Abs. 1 oder die Maskenpflicht nach § 3 Abs. 2 Satz 2 nicht einhält,“
 - m) Die Nummern 28 bis 31 werden gestrichen.
6. In § 26 Abs. 1 wird das Datum „28. Februar 2022“ durch das Datum „18. März 2022“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 18. Februar 2022 in Kraft.

Mainz, den 17. Februar 2022
Der Minister für Wissenschaft
und Gesundheit
Clemens Hoch

**Erste Landesverordnung
zur Änderung der Absonderungsverordnung
Vom 17. Februar 2022**

Aufgrund des § 32 Satz 1 in Verbindung mit § 28 Abs. 1 Satz 1 und 2 und den §§ 29 und 30 Abs. 1 Satz 2 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Artikel 1 und 2 des Gesetzes vom 10. Dezember 2021 (BGBl. I S. 5162), in Verbindung mit § 1 Nr. 1 der Landesverordnung zur Durchführung des Infektionsschutzgesetzes vom 10. März 2010 (GVBl. S. 55), zuletzt geändert durch § 7 des Gesetzes vom 15. Oktober 2012 (GVBl. S. 341), BS 2126-10, wird verordnet:

Artikel 1

Die Absonderungsverordnung vom 28. Januar 2022 (GVBl. S. 44, BS 2126-17) wird wie folgt geändert:

1. In § 7 werden die Worte „den Bestimmungen dieser Verordnung“ durch die Verweisung „§ 2 Abs. 1 oder Abs. 4“ ersetzt.
2. In § 9 Abs. 1 wird das Datum „26. Februar 2022“ durch das Datum „18. März 2022“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 18. Februar 2022 in Kraft.

Mainz, den 17. Februar 2022
Der Minister für Wissenschaft
und Gesundheit
Clemens Hoch

**Elfte Landesverordnung
zur Änderung der Landesverordnung
zur Verhinderung der Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2
in Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe nach
den §§ 4 und 5 des Landesgesetzes über Wohnformen und
Teilhabe sowie in ähnlichen Einrichtungen
Vom 17. Februar 2022**

Aufgrund des § 32 Satz 1 in Verbindung mit § 28 Abs. 1 Satz 1 und 2 und § 28 a Abs. 1 und 2 Satz 1 Nr. 3 in Verbindung mit Abs. 8 und Abs. 7 und § 31 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Artikel 1 und 2 des Gesetzes vom 10. Dezember 2021 (BGBl. I S. 5162), in Verbindung mit § 1 Nr. 1 der Landesverordnung zur Durchführung des Infektionsschutzgesetzes vom 10. März 2010 (GVBl. S. 55), zuletzt geändert durch § 7 des Gesetzes vom 15. Oktober 2012 (GVBl. S. 341), BS 2126-10, wird verordnet:

Artikel 1

Die Landesverordnung zur Verhinderung der Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 in Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe nach den §§ 4 und 5 des Landesgesetzes über Wohnformen und Teilhabe sowie in ähnlichen Einrichtungen vom 30. Juni 2021 (GVBl. S. 446, 451), zuletzt geändert durch Verordnung vom 28. Januar 2022 (GVBl. S. 47), BS 2126-14, wird wie folgt geändert:

In § 9 wird das Datum „18. Februar 2022“ durch das Datum „19. März 2022“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 18. Februar 2022 in Kraft.

Mainz, den 17. Februar 2022
Der Minister für Wissenschaft
und Gesundheit
Clemens Hoch

Gesetz- und Ordnungsblatt
für das Land Rheinland-Pfalz

3231

Postvertriebsstück – Entgelt bezahlt

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Postfach 3880, 55028 Mainz

Herausgeber und Verleger: Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Druck: JVA Diez Druckerei, Limburger Str. 122, 65582 Diez

Bezugsbedingungen: Bezugszeit ist das Kalenderjahr. Bezugspreis im Abonnement jährlich 32,00 EUR. Abbestellungen für das nächste Kalenderjahr müssen bis spätestens 1. November der Staatskanzlei vorliegen. Auslieferung von Einzelstücken durch das Landeshauptarchiv, Karmeliterstraße 1-3, 56068 Koblenz; Preis je Doppelseite 0,15 EUR zuzügl. Versandkosten. Die Preise enthalten keine Mehrwertsteuer, da die Herausgabe des Gesetz- und Ordnungsblattes hoheitliche Tätigkeit ist.

Postanschrift: Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz, Tel. 06131 16-4767